

chen abgeschlossen sei, müßten nun wieder die Reform und Öffnung der Wirtschaft beschleunigt werden. Dabei gelte es, all jene Reform- und Öffnungsmaßnahmen, die sich in den vergangenen mehr als 10 Reformjahren als erfolgreich erwiesen hätten, mit großem Mut in die Praxis umzusetzen und zu verbreiten. Doch auf neue Probleme und Situationen müsse man auch mit ganz neuen Methoden antworten. Hierzu seien vor allem eine weitere Befreiung des Denkens, mehr Mut und mehr Reformmaßnahmen notwendig. Die Leute müßten dazu ermuntert werden, neue Methoden zu entwickeln und diese in der Praxis auszuprobieren. Was sich im praktischen Versuch als erfolgreich herausstelle, müsse verbreitet werden, was sich als nicht gut erweise, müsse entsprechend korrigiert werden. Nur in der Praxis könne sich zeigen, was richtig und was falsch sei, und nur in der Praxis und im Experiment könne man die eigenen Fähigkeiten verbessern. (Nach RMRB, 27.2.92) -sch-

*(13)

Reformen erfordern sowohl Mut als auch strategische Weisheit

Sowohl Mut als auch strategische Weisheit bei der Verwirklichung weiterer Wirtschaftsreformen forderte der Leitartikler der Shanghaier Tageszeitung *der Befreiung*: Natürlich sei man bei der Wirtschaftsreform Risiken ausgesetzt, doch dürfe man davor nicht zurückweichen, denn das sei kein Ausweg. Mut zum Risiko sei also notwendig. Für die Wirtschaftsreformen bedürfe es allerdings nicht nur Mut, sondern auch einer wissenschaftlichen Entscheidungsfindung und eines wissenschaftlichen Gesamtkonzepts, mahnte die Shanghaier Zeitung, die sich in den vergangenen Monaten wiederholt für eine Weiterentwicklung der marktorientierten Reformen eingesetzt hatte. Die einzelnen Reformschritte müßten durch umfangreiche Untersuchungen wissenschaftlich abgesichert sein und zum richtigen Zeitpunkt eingeleitet werden. Auf keinen Fall dürften Reformpakete oder auch nur einzelnen Reformmaßnahmen übereilt übers Knie gebrochen werden, warnte der Leitartikler angesichts negativer historischer Erfahrungen: "Wir brauchen sowohl großen Mut als auch Vorsicht, sowohl Mut zum Risiko als auch eine wissenschaftlich abgesicherte, ge-

wissenhafte Entscheidungsfindung. Im Wechselspiel von 'Mut' und 'strategischer Weisheit' liegt letztlich die Bedeutung von der Befreiung des Denkens und des Prinzips, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen. Darin besteht unsere grundlegende ideologische Linie für alle Reformmaßnahmen." (Nach RMRB, 29.2.92) -sch-

*(14)

Deng Xiaoping: Ich bin ein Macher

Einem kurzen Bericht in der Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* (Spiegel) zufolge soll Deng Xiaoping am 15. Januar in Shanghai vor lokalen und regionalen Führungskadern erklärt haben, daß es innerhalb der Führungsschicht der KPCh keine zwei Fraktionen gebe. "Ich bin weder ein Reformler [gaige pai], noch bin ich ein Konservativer [baoshou pai]; ich bin vielmehr ein Macher ['gan' zi pai]", schätzte sich Deng selbst ein. (*Jingbao*, 2/1992, S. 1)

Kurze Zeit später wurde Deng eines besseren belehrt, als er von Chen Yun die Absage erhielt, ihn in die Sonderzonen Shenzhen und Zhuhai zu begleiten. Deng hatte Chen Yun ursprünglich mit auf die Reise in den Süden nehmen wollen, um die Einigkeit der politischen Elite und die uneingeschränkte Unterstützung der Zentrale für die Wirtschaftsreformen zu demonstrieren (Ebenda). Während seines Aufenthalts in den beiden Sonderzonen ging Deng dann in die Offensive und verlangte die Ablösung jener Kadern, die die Reformpolitik nicht ausführten. -sch-

*(15)

Deng Xiaoping verlangt die Absetzung von reformunwilligen Kadern

Während seines Besuches der beiden Wirtschaftsreformen Shenzhen und Zhuhai hat Deng Xiaoping u.a. die Absetzung von reformunwilligen Kadern gefordert:

- "Wer die Reformen nicht ausführt, der muß abtreten." (Nach Jiushi Niandai, 3/1992, S. 33)

- "Einige Genossen sind von Beginn an gegen die Öffnungspolitik gewesen. Ob es nun das landwirtschaftliche Vertragssystem, die Wirtschaftsreformen oder die Öffnung

nach außen war - sie waren immer dagegen. Sie waren nicht nur einmal dagegen, und als der Streit auf dem Höhepunkt war, verlangten sie sogar, daß man sie [ihr Konzept] ausprobieren ließe." (Ebenda, S. 32)

- "Die Zentrale und die Ebenen darunter müssen sich jetzt entscheiden. Jene Leute, die nicht voranschreiten, die sich nicht leidenschaftlich für die Reformen einsetzen und die statt dessen kalte Duschen verteilen, müssen so schnell wie möglich ausgewechselt werden. Man darf jetzt nicht länger warten. Wenn diese Leute nicht abgesetzt werden, dann stellen sie ein großes Hindernis dar, und die Reformpolitik kann nicht vollständig durchgesetzt werden. Wenn Führungskader der Partei nicht die politischen Beschlüsse der Partei durchführen, dann ist es überhaupt nicht in Ordnung, wenn sie auf ihren Posten verbleiben." (Nach *Jingbao*, 3/1992, S. 46) -sch-

Kultur

*(16)

Neueste Zahlen zum Erziehungswesen

Anfang Februar erläuterte ein Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission die Fortschritte im Erziehungswesen und gab dabei die folgenden Zahlen bekannt:

- Die Grundschulbildung ist derzeit in 76 Prozent aller Kreise eingeführt. (Das bedeutet, daß etwa ein Viertel aller Kreise die sechsjährige Grundschulbildung noch nicht eingeführt haben.)

- Im Schuljahr 1990/91 wurden gut 97,8 Prozent aller Kinder im Einschulungsalter eingeschult. (Die hohe Einschulungsrate darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Anteil der Schulabbrecher relativ hoch ist und deshalb längst nicht alle eingeschulten die Grundschule beenden.)

- 77,7 Prozent aller Absolventen der Grundschule wechselten 1991 auf die Mittelschule über. (Dieser relativ hohe Anteil an Weitergehenden zeigt, daß die neunjährige Schulpflicht sich immer mehr durchsetzt.)

- Der Zugang zu den beruflichen Mittelschuloberstufen lag 1991 um 10,9 Prozent höher als im Jahr zuvor.
- Der Anteil der Schüler, die eine berufliche oder technische Schule besuchten, betrug 1991 46 Prozent aller Schüler der Mittelschuloberstufen. (Ein Ziel der Bildungsreform der achtziger Jahre war die teilweise Umwandlung allgemeinbildender Mittelschulen in berufliche und technische Mittelschulen, um auf der Oberstufe den Anteil der Sekundarschüler beruflich/technischer Schulen auf 50 Prozent zu erhöhen. Dieses Ziel scheint weitgehend realisiert zu sein.)
- In gut 70 Prozent aller Städte ist die Aufnahmeprüfung für die Mittelschule (Unterstufe) abgeschafft worden. (Diese Reformmaßnahme ist ein notwendiger Schritt auf dem Wege zur Einführung der neunjährigen Schulpflicht, die praktisch beinhaltet, daß jeder Schüler die Mittelschulunterstufe absolviert.)
- In der Erwachsenenbildung ist zu verzeichnen, daß im Jahre 1991 5,36 Millionen Erwachsene Lesen und Schreiben lernten. Die Erwachsenenbildung widmet sich darüber hinaus der technischen Ausbildung der bäuerlichen Bevölkerung.

Was die Hochschulstudenten angeht, so teilte der Sprecher ergänzend mit, daß die Zahl derjenigen, die Ingenieurwissenschaften, Medizin, Pädagogik, Handel und Finanzen studieren - also Fächer, in denen großer Mangel herrscht -, seit Beginn der neunziger Jahre stetig zugenommen hat. (XNA, 10.2.92) -st-

* (17)

Verstärkter Kampf gegen das Analphabetentum

Ermutigt durch den Erfolg des letzten Jahres bei der Ausrottung des Analphabetentums - angeblich wurden 1991 5,48 Millionen Menschen in China alphabetisiert -, hat die Regierung eine neue Kampagne gegen das Analphabetentum eingeleitet. Das ehrgeizige Ziel ist es, innerhalb des 8. Fünfjahrplans (1991-95) insgesamt 20 Millionen Analphabeten Lesen und Schreiben beizubringen. In bezug auf den Standard wird nach Stadt und Land unterschieden. Unter der Stadtbevölkerung gilt als alphabetisiert, wer 2.000 Schriftzeichen beherrscht und Zeitung lesen

kann, auf dem Lande, wer 1.500 Schriftzeichen gelernt hat. Insgesamt gibt es in China noch 200 Millionen Analphabeten. Von diesen leben 92 Prozent auf dem Lande, insbesondere in den entfernten Regionen und Minderheitsgebieten.

Die Programme zielen darauf ab, bis zum Jahr 2000 das Analphabetentum und Halbanalphabetentum unter den 15- bis 40jährigen ganz abzuschaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen im laufenden 8. Fünfjahrplan sowie im 9. Fünfjahrplan jeweils 20 Millionen der insgesamt 40 Millionen Analphabeten dieser Altersgruppe alphabetisiert werden. (XNA, 8.2.92) In dem Bericht heißt es, daß man von seiten der Staatlichen Erziehungskommission hinsichtlich des Erfolgs der Aktion optimistisch ist, weil die örtlichen Regierungen und die Gesellschaft seit dem Jahre 1988 mobilisiert worden seien, das Analphabetentum zu bekämpfen. Dennoch ist man sich der Schwierigkeit der Aufgabe bewußt, denn immer noch, so wird gesagt, werden 2 Millionen Kinder im Schulalter nicht eingeschult (ebd.). -st-

* (18)

Jedes fünfte Kind besucht keine Schule

Einer Meldung der Hongkonger Nachrichtenagentur "Zhongguo Tongxun She" zufolge (20.2.92, nach SWB, 29.2.92) sollen über 33 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter keine Schule besuchen. Betroffen sind Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren. In ganz China soll es 170 Millionen Kinder dieser Altersgruppe geben, was bedeutet, daß eines von fünf Kindern nicht in die Schule geht. Der überwiegende Anteil derjenigen Kinder, die keine Schulbildung erhalten, nämlich 83 Prozent, lebt auf dem Lande. Regional gesehen, liegt der Prozentsatz dieser Kinder in den drei provinzfremden Städten, den drei nordostchinesischen Provinzen sowie den meisten mittel-, süd- und ostchinesischen Provinzen bedeutend niedriger als im Nordwesten und Südwesten. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, die keine Schule besuchen, in den Provinzen Guizhou, Yunnan und Qinghai. Fachleute sehen in diesem Tatbestand die Hauptursache für die Entstehung eines neuen Analphabetentums.

Wenn sich China in den letzten Jahren rühmt, eine Einschulungsquote von über 97 Prozent zu haben, so täuscht diese Zahl, weil dabei zumeist verschwiegen wird, wie hoch die Zahl der Schulabbrecher ist. Daß 20 Prozent aller Kinder im Alter zwischen 6 und 14 keine Schule besuchen, muß die Erziehungsbehörden alarmieren, denn diese hohe Rate macht alle Bemühungen im Kampf gegen das Analphabetentum zunichte. Selbst wenn die meisten dieser Kinder eingeschult werden, so brechen viele die Schule nach kurzer Zeit wieder ab, um im Haushalt oder Familienbetrieb zu arbeiten. Die kurze Schulzeit reicht in der Regel nicht aus, die Lese- und Schreibfähigkeit zu erhalten. -st-

* (19)

Reformen beim Hochschulzugang 1992

In diesem Jahr sieht der staatliche Plan für die Zulassung zum Studium an den regulären Hochschulen vor, daß 626.000 Studenten neu immatrikuliert werden, 6.000 mehr als im Vorjahr (RMRB, 29.2.92). Weiter heißt es in der Meldung, daß der Hochschulzulassungsplan im letzten Jahr zu 99,28 Prozent erfüllt worden sei. Dies bedeutet, daß die geplanten Zahlen hinsichtlich der neu aufzunehmenden Studenten für jede Fachrichtung so gut wie erreicht wurden. Es wird darauf hingewiesen, daß auf Beschluß der Staatlichen Erziehungskommission in diesem Jahr im ganzen Land Abschlußprüfungen an den Mittelschuloberstufen, also eine Abiturprüfung, durchgeführt wird. Außer den drei Provinzen Hunan, Yunnan und Hainan sowie der Stadt Shanghai, die auf der Grundlage der Abiturprüfung den Fächerkatalog bei den Hochschul Aufnahmeprüfungen weiter reformieren dürfen, müssen alle anderen Provinzeinheiten die Genehmigung der Staatlichen Erziehungskommission einholen, bevor sie bei den Prüfungsfächern etwas reformieren wollen. Dies bedeutet, daß trotz allgemeiner Einführung des Abiturs die Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen - von den genannten Ausnahmen abgesehen - im wesentlichen noch nicht reformiert werden. Geplant war hier eine Reduzierung der Prüfungsfächer.

Eine andere Reformmaßnahme, nämlich die versuchsweise Studienzulassung von Jugendlichen, die sog. "fort-

schrittliche Vorbilder" (*xianjin mofan*) sind, soll sich bewährt haben und deshalb weiter ausgedehnt werden. Solche Jugendliche waren im vergangenen Jahr zunächst nur zur Volksuniversität zugelassen worden. Es handelt sich bei ihnen offenbar um ideologisch besonders zuverlässige Jugendliche, die die Hochschule ohne Aufnahmeprüfung besuchen können. In diesem Jahr hat die Staatliche Erziehungskommission 16 Hochschulen für die Aufnahme solcher "hervorragenden Jugendlichen, die den Titel fortschrittliches Vorbild" tragen, auserkoren, darunter die Pädagogische Hochschule Beijing und die Nordostchinesische Finanz- und Wirtschaftshochschule.

Eine weitere Reform betrifft die Konsolidierung und Reorganisierung der Hochschulen. Dieses Jahr, so heißt es, sei das letzte Jahr der Konsolidierung, d.h. diese muß im Laufe dieses Jahres abgeschlossen sein. Die Konsolidierung bezieht sich hauptsächlich auf das Niveau der Hochschulen. In den achtziger Jahren hatte die Zahl der Hochschulneugründungen rapide zugenommen, ohne daß das erforderliche Niveau immer gegeben war. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren alle Hochschulen überprüft. Derzeit sollen die vom Staat festgelegten Mindestanforderungen bei fast 100 von insgesamt 1075 Hochschuleinrichtungen nicht erfüllt sein. Die Staatliche Erziehungskommission hat verfügt, daß diese Hochschulen allmählich aufhören sollen, neue Studenten aufzunehmen, oder weniger Studenten aufnehmen sollen. Das heißt, die nicht dem Standard entsprechenden Hochschulen sollen abgebaut werden. -st-

*(20)

Auslandsstudium für Selbstzahler soll erleichtert werden

In bezug auf das seit 1989 stark eingeschränkte Auslandsstudium für chinesische Studenten scheint sich ein erneuter Wandel abzuzeichnen. Wie jüngst bekannt wurde, hat ein Vertreter des Personalministeriums Erleichterungen für Hochschulstudenten angekündigt, die auf eigene Kosten im Rahmen eines Arbeit-Studium-Programms im Ausland studieren wollen. Hingegen sollen staatliche Stipendien für Auslandsstudien eingeschränkt werden (Zhongguo Tongxun She, Hong Kong, engl., 25.2.92, nach SWB,

27.2.92). Der Vertreter bestätigte, daß derzeit ein regelrechter Ansturm junger Intellektueller herrsche, die im Ausland studieren wollten. Zwar mache der Brain-Drain den Behörden große Sorge, aber es sei unmöglich, junge Leute völlig vom Auslandsstudium fernzuhalten. Schließlich gehörten Auslandsstudien sowie Fortbildung im Ausland zur Reform- und Öffnungspolitik. Der Sprecher wies darauf hin, daß China alles tun müsse, um die Auslandsstudenten wieder in die Heimat zurückzuholen.

Zwar sind auch nach 1989 weiter Chinesen zum Studium ins Ausland geschickt worden, aber es handelte sich durchweg um Postgraduierte oder Akademiker, von denen man sich eine Rückkehr eher erhoffte als von Studenten. Daß nun Erleichterungen für Selbstzahler eingeführt werden, deutet auf eine Lockerung der Politik hin, wobei die Beschränkungen für Studenten, die staatliche Stipendien in Anspruch nehmen wollen, wohl mit der Knappheit der finanziellen Mittel zu erklären sind. -st-

*(21)

Einfluß des Kapitalismus nicht unbedingt schädlich

Am 23. Februar 1992 erschien auf der ersten Seite der *Volkszeitung* ein mit Fang Sheng gezeichneter Artikel unter der Überschrift "Öffnung nach außen und Nutzbarmachung des Kapitalismus". Der Verfasser erläutert in mehreren Punkten, daß die Verwendung kapitalistischer Methoden für die chinesische Wirtschaft durchaus vorteilhaft sein könne. Im letzten Punkt setzt er sich auch mit dem Argument auseinander, der Einfluß des Kapitalismus könne die sozialistische Basis erschüttern, also mit der Frage, inwieweit die Zulassung ausgewählter kapitalistischer Wirtschaftsmethoden Einfluß auf die chinesische Kultur im weitesten Sinne ausüben könne.

Der Verfasser unterscheidet zwischen verschiedenen Arten von Einfluß und analysiert diese. Wenn "Einfluß des Kapitalismus" bedeute, daß westliche Staaten die chinesische Öffnungspolitik ausnutzten, um mit ihrer kapitalistischen Ordnung und ihrem ideologischen System auf China Einfluß auszuüben, dann müßten die Chinesen selbstverständlich zurückschlagen und

diesen Einfluß entschlossen abwehren. Gedacht ist hier offensichtlich an die angebliche Absicht ausländischer Kräfte, in China eine "friedliche Evolution" herbeizuführen, ein Vorwurf, der von konservativ-orthodoxer Seite seit dem 4. Juni 1989 immer wieder erhoben wird. Um diesen Einfluß auf das System und die Kultur einzudämmen, so fährt der Verfasser fort, nütze es nichts, einfach die Tür zu schließen. Aus Angst, sich zu verschlucken, aufs Essen zu verzichten sei keine Lösung.

Ist also ein solcher gezielter Einfluß auf das System abzulehnen, so verhält es sich nach Ansicht des Verfassers anders, wenn der Import ausländischen Kapitals, fortgeschrittener Technik und wissenschaftlicher Management-Methoden bei einigen zur Anbetung alles Ausländischen führt. In diesem Fall sei es die Pflicht der Chinesen, diese Menschen zu erziehen, damit sie ihre falschen Ansichten überwinden. Man könne jedoch deswegen nicht die Einfuhr unterbinden. Kapital, Technik usw. hätten an sich keinen Klassencharakter; deshalb könne man sie, wenn nötig und möglich, durchaus für China nutzbar machen. Der Verfasser hält demnach Einflüsse, die sich auf die Wirtschaftspraxis beziehen, für ungefährlich, weil man, sollte es zur Verehrung alles Ausländischen kommen, hier durch ideologische Erziehung gegensteuern könne. Die hier von dem Verfasser dargelegte Haltung ist die der konservativen Reformers, die gemäß dem im 19. Jahrhundert geprägten Schlagwort "Die chinesischen Lehren als Substanz, die westlichen Lehren für den praktischen Gebrauch" nur - marxistisch ausgedrückt - die Basis modernisieren, den Überbau aber erhalten wollen.

Der Verfasser zeigt noch eine weitere Art von "Einfluß des Kapitalismus" auf, nämlich wenn die Chinesen durch den Kontakt mit dem Westen viele gute Eigenschaften, guten Geist und guten Arbeitsstil kennenlernten und davon lernten. Gegen einen solchen Einfluß hat er nichts einzuwenden, ja, er geht sogar noch weiter, wenn er sagt, die westlichen Länder hätten alle ihre eigene "hervorragende kulturelle Tradition" (*youxiu wenhua chuantong*), ein Ausdruck, der gewöhnlich der chinesischen Kultur vorbehalten ist. Durch den Kontakt mit dem Westen könnten sich die Chinesen belehren lassen und ihre eigene Kultur bereichern. Wenn

man dies als "Einfluß des Kapitalismus" betrachte, so der Verfasser, dann sei dieser Einfluß positiv und dürfe nicht abgelehnt werden. Gleichsam zur Beruhigung setzt er hinzu, es sei eine Tatsache, daß man bei der Öffnung der Wirtschaft nach außen immer am Sozialismus festgehalten und sich den negativen kapitalistischen Einflüssen widersetzt habe. Dadurch sei der Sozialismus nicht nur nicht erschüttert, sondern im Gegenteil sogar gefestigt worden. Nur wenn man undifferenziert den "Einfluß des Kapitalismus" fürchte und den alten Fehler einer Politik der verschlossenen Tür wiederhole, könne der Sozialismus wirklich ins Wanken geraten.

Der Kapitalismus, so schließt der Verfasser, sei eine wichtige Stufe in der gesellschaftlichen Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Man dürfe ihn weder blind verehren noch rundweg ablehnen, sondern müsse eine wissenschaftliche Haltung einnehmen und ihn kritisch übernehmen. Wenn man den Kapitalismus richtig erkenne und ihn richtig gebrauche, dann würde dies die sozialistische Modernisierung Chinas fördern.

In diesen Äußerungen drückt sich zweifellos eine neue Haltung gegenüber westlichem Einfluß aus, wie sie in den Jahren vor dem 4. Juni 1989 gängig, seitdem aber nicht mehr zu erkennen war. Sie fügt sich in die im Januar 1992 durch Deng Xiaoping eingeleitete erneute Belebung des Reform- und Öffnungskurses ein und deutet darauf hin, daß auch im kulturellen Bereich mit einer vorsichtigen Lockerung zu rechnen ist. Darauf weist nicht zuletzt die von offizieller Seite immer häufiger zitierte Formel "Befreiung des Denkens" hin. Zwar entpuppt sich der Verfasser des oben behandelten, ohne Zweifel bedeutsamen Artikels nicht als radikaler, aber doch als gemäßigter Reformier, dessen Haltung sich klar von derjenigen der Orthodoxen und konservativen Reformier abhebt, die seit dem Sommer 1989 das Sagen haben. Daß er als gemäßigter Reformier einzustufen ist, läßt sich daran ablesen, daß er von der kulturellen Tradition des Westens spricht, womit wohl eher die klassische oder zumindest ältere und weniger die moderne Kultur gemeint zu sein scheint. Außerdem hält er sich an die Formel "kritische Übernahme", d.h. er lehnt eine pauschale Übernahme ab und plädiert für eine

selektive Haltung. Seine Auffassungen sind dennoch als Fortschritt zu werten, und es bleibt zu hoffen, daß sein Artikel dazu führt, die Diskussion über westliche Kultureinflüsse wieder zu versachlichen. -st-

*(22)

"Nur unter dem Sozialismus kann sich die Kultur der Nationalitäten entfalten"

Anläßlich des dritten chinesischen Kunstfestivals, das im Februar in Kunming veranstaltet wurde und ganz im Zeichen der Minderheitenkultur stand, lobte der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Nationalitätenangelegenheiten Ismail Amat die Nationalitätenpolitik der KPCh und der chinesischen Regierung. In einem Interview mit einem Reporter der Nachrichtenagentur Xinhua betonte er, daß die verschiedenen Nationalitäten Chinas nur unter den Bedingungen des Sozialismus, der ihnen politische Gleichheit und wirtschaftliche Entwicklung gebracht habe, in der Lage seien, ihre Kultur zur Blüte zu bringen. Die Kunstfestspiele hätten gezeigt, welche große Beachtung Partei und Regierung der Kultur der Minderheiten schenken. Viele ethnische Kulturen seien vom Absterben bedroht gewesen und erst unter sozialistischen Bedingungen wiederbelebt worden.

Ismail Amat nannte sechs Gebiete, auf denen seit 1949 und besonders seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik deutliche Fortschritte in bezug auf die Entwicklung der Minderheitenkulturen erzielt worden seien.

1. Die Zahl hervorragender Werke sei ständig gestiegen. Die Nationalitätenkommission und der Chinesische Schriftstellerverband hätten dafür gesorgt, speziell Minderheitenliteratur im Rahmen nationaler Veranstaltungen mit Preisen auszuzeichnen. Auch Theaterstücke, Filme und Fernsehstücke nationaler Minderheiten seien ausgezeichnet worden.

2. Es sei ein nationaler Wettbewerb zur Auszeichnung der besten Lieder über die nationale Einheit veranstaltet worden, auf dem u.a. das weit verbreitete Lied "56 Nationalitäten - 56 Blüten" prämiert wurde.

3. Ein großes Kontingent von Künstlern sei bei den einzelnen Minderheiten ausgebildet worden.

4. Die soziale Rolle der Nationalitätenkultur habe sich ständig ausgeweitet; die enge Verbindung zwischen Kultur und Wirtschaft habe die wirtschaftliche Entwicklung gefördert.

5. Der kulturelle Austausch zwischen den Nationalitäten nehme ständig zu. Zahlreiche Ensembles träten in anderen Minderheitsgebieten auf, aber z.B. auch in Beijing. Allein 1991 seien 14 Kulturgruppen und -ensembles ins Ausland geschickt worden. Seit 1980 seien Minderheitenensembles in ca. 37 anderen Ländern aufgetreten.

6. Fortschritte seien auch in bezug auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Minderheitenkultur und die Weiterentwicklung und Neubearbeitung traditioneller Literatur- und Kunstwerke der Nationalitäten gemacht worden.

Zum Schluß betonte Ismail Amat, alle Nationalitäten Chinas hätten gemeinsam den einheitlichen Vielvölkerstaat aufgebaut, und die Kultur jeder Nationalität sei ein wichtiger Bestandteil des "kulturellen Schatzhauses des Vaterlandes". Genauso wie die Wirtschaft könne sich die Kultur einer jeden Nationalität nur entwickeln, wenn sie die Abgeschlossenheit durchbricht, sich öffnet und das Gute von anderen Nationalitäten übernimmt. Zugleich rief er dazu auf, bei der Entwicklung der Minderheitenkultur an den vier Grundprinzipien sowie an dem Prinzip, Literatur und Kunst hätten dem Volk und dem Sozialismus zu dienen, festzuhalten. (RMRB, 20.2.92)

Genau wie auf dem Kunstfestival selbst wird auch in diesem Interview der Eindruck erweckt, als gebe es zwischen den nationalen Minderheiten und den Han-Chinesen keine Probleme und als würde die Minderheitenbevölkerung nur voller Dankbarkeit auf die Han-Chinesen blicken, weil diese ihrer Kultur so umfangreiche Förderung zuteil werden ließen. Dabei waren und sind viele kulturelle Bereiche der Minderheiten dem Druck der Han-Chinesen ausgesetzt, wenn man etwa an die rigorose Sprachenpolitik der Vergangenheit denkt oder an die Religion, die z.B. in Tibet, aber auch bei den islamischen Minderheiten bis heute behindert wird. Die Förderung der mehr oder weniger unverfänglichen Volkskunst allein kann die Kulturen dieser Ethnien nicht retten. -st-

***(23)
Treffen zwischen Jiang Zemin und
Religionsführern**

Am 28. Januar 1992 hatte Generalsekretär Jiang Zemin 14 Führungspersonlichkeiten religiöser Gemeinschaften zu einem Meinungsaustausch in seinen Regierungssitz eingeladen (s. GMRB, 29.1.92). Wichtigstes Ergebnis des Gespräches war die Zusicherung Jiang Zemins, daß die Achtung und der Schutz der Glaubensfreiheit eine langfristige und grundlegende Politik der Partei und Regierung seien und daß sich diese Politik nicht ändern werde. Zugegen waren u.a. der Präsident der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung, Zhao Puchu, der Präsident der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung der chinesischen Protestanten und des Christenrates, Ding Guangxun, der Vorsitzende der Patriotischen Katholischen Gesellschaft und Leiter des Bischofskollegiums, Zong Huaide, der Präsident der Chinesischen Daoistischen Vereinigung, Li Yuhang, sowie der Präsident der Chinesischen Islamischen Vereinigung, Shen Xiayi.

Die Vertreter der Religionsgemeinschaften, so heißt es, hätten sich höchst anerkennend über die exzellente Lage in China und über die von Partei und Regierung praktizierte Politik der Religionsfreiheit geäußert. Jiang Zemin seinerseits bemerkte, daß im allgemeinen die Situation auf religiösem Gebiet gut und stabil sei. Partei und Regierung würden an ihrer langfristigen Politik der Respektierung und Bewahrung der Glaubensfreiheit festhalten. Man werde die legitimen Rechte und Interessen der Religionsgemeinschaften sowie der Tempel, Moscheen und Kirchen schützen und "normale religiöse Aktivitäten" respektieren. Er versicherte, daß jeder Bürger die Freiheit genieße, zu glauben oder nicht zu glauben. Die Massen, besonders die Jugend, müssen in wissenschaftlicher Weltanschauung erzogen werden; vor allem müßten sie in bezug auf natürliche Phänomene, gesellschaftliche Entwicklung, Geburt, Alter, Krankheit und Tod, Glück und Unglück aufgeklärt werden.

Der Generalsekretär wies ferner darauf hin, daß die Kontrolle über religiöse Angelegenheiten entsprechend dem Gesetz gestärkt werden müsse, daß dies aber keineswegs eine Ände-

rung der Politik der Religionsfreiheit bedeute, sondern nur dazu diene zu gewährleisten, daß religiöse Aktivitäten auf gesunde und normale Weise durchgeführt würden. Entschieden wandte sich Jiang Zemin gegen jegliche Infiltration feindlicher Kräfte von außen. Man müsse sich auf die patriotischen religiösen Führer und die gläubigen Massen verlassen, damit die Kirchen nach dem patriotischen "Drei-Selbst"-Prinzip gut verwaltet würden. Jiang appellierte an die Gläubigen, den Patriotismus und den Sozialismus hochzuhalten und sich den Aufgaben der Modernisierung, der Vereinigung des Vaterlandes, der Förderung der nationalen Einheit und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität zu widmen.

Bei diesem Treffen hat Jiang Zemin die offizielle Religionspolitik vertreten, wie die KPCh sie seit Beginn der Reformpolitik praktiziert. Danach genießen die Bürger der VR China Religionsfreiheit, wobei diese allerdings mehr formalen als substantiellen Charakter hat. Zwar können sie religiösen Aktivitäten nachgehen, sofern diese "normal" sind und nicht mit dem Gesetz kollidieren. Was normal im einzelnen bedeutet, steht jedoch letztlich im Ermessen der Partei, die alle Religionsgemeinschaften kontrolliert. Die Partei reagiert besonders empfindlich bei religiösen Kontakten mit Ausländern, wie sie nicht nur unter Christen bestehen, sondern in den letzten Jahren besonders unter den innerasiatischen Moslems zunehmen. Derartige Kontakte können unter bestimmten Bedingungen als illegal eingestuft werden (siehe die diesbezügl. Bestimmungen Xinjiangs in C.a. 1990/10, Ü 29). Aus Jangs Äußerungen geht ferner hervor, daß die Partei Religion im Grunde mit Aberglauben gleichsetzt. Deshalb propagiert sie eine wissenschaftliche Aufklärung in der Hoffnung, die Religion damit ad absurdum führen zu können. Nicht zuletzt aber sieht die Partei auch die Möglichkeit, das große Potential der Gläubigen für die Modernisierung zu instrumentalisieren. Angehörige von Religionsgemeinschaften, die sich für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes einsetzen und sich als Patrioten erweisen, sind der Partei letztlich nicht unwillkommen.

Gerade im Hinblick auf die auf internationaler Ebene diskutierte Menschenrechtsfrage ist China sehr daran

gelegen, den Eindruck zu erwecken, daß es ein Garant der Glaubensfreiheit ist. Auf der 48. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission Anfang Februar in Genf stellte der Vertreter Chinas klar, daß China die Glaubensfreiheit seiner Bürger respektiere und die legitimen Rechte der Religionsgemeinschaften schütze. Auch er verzichtete aber nicht auf den Hinweis, die chinesische Regierung könne keinerlei Aktivitäten billigen, die unter dem Deckmantel der Religion darauf abzielten, das Land zu spalten, die soziale Ordnung zu stören, dem physischen und seelischen Wohlergehen seiner Bürger zu schaden oder das staatliche Erziehungssystem zu beeinträchtigen (XNA, 9.2.92). -st-

***(24)
Drittes chinesisches Kunstfestival**

Am 18. Februar 1992 wurde in Kunming, der Hauptstadt der südwestchinesischen Provinz Yunnan, das dritte chinesische Kunstfestival eröffnet. Die Festspiele dauern bis zum 3. März. Sie werden gemeinsam vom Kulturministerium und der Staatlichen Kommission für Nationalitätenangelegenheiten sowie von der Provinzregierung Yunnan veranstaltet (RMRB, 19.2.92). Die Festspiele geben jeweils einen Überblick über das künstlerische Schaffen, hauptsächlich auf dem Gebiet der darstellenden Kunst wie Theater, Tanz, Musik. Das erste Festival hatte 1987 in mehreren Städten, vor allem in Beijing und Shanghai, stattgefunden, das zweite im September/Oktober 1989 in Beijing. Auf beiden Veranstaltungen hatte chinesische Kunst und Volkskunst im Vordergrund gestanden, wobei 1989 zusätzlich auch ausländische Ensembles mit klassischer Kunst vertreten waren.

Das Besondere an den dritten Festspielen war, daß sie ganz im Zeichen der Nationalen Minderheiten Chinas und deren Kunst standen. Nicht umsonst war als Veranstaltungsort die Hauptstadt Yunnans ausgewählt worden, der Provinz mit dem größten Bevölkerungsanteil ethnischer Minderheiten. Die Festspiele sollten von der Vielfalt und dem Reichtum der verschiedenen ethnischen Kulturen in China Zeugnis ablegen und zugleich die Einheit und Einträchtigkeit zwischen den 56 Nationalitäten auf chinesischem Boden demonstrieren. In ei-

nem Leitartikel der *Volkszeitung* vom 18. Februar 1992 kommt dieses Anliegen deutlich zum Ausdruck. "Unser Land", so heißt es da, "ist eine sich aus 56 Nationalitäten zusammensetzende große einheitliche Familie." Die großen Beiträge der verschiedenen Minderheiten für die Herausbildung der chinesischen Nationalkultur werden herausgestellt, und es wird betont, daß im alten China, also vor 1949, die Minderheitenkulturen dem Untergang geweiht waren und erst im neuen China die jahrtausendealte Unterdrückung und Ausbeutung der Nationalitäten ein Ende gefunden hat und ein neues Kapitel in der Geschichte der Einheit und Gleichheit der Völker Chinas begonnen wurde.

An dem Leitartikel läßt sich auch die derzeitige kulturpolitische Linie der Partei ablesen. Wie immer in diesem Zusammenhang geht es um das große Ziel, eine sozialistische Kultur mit chinesischen Charakteristika aufzubauen. Hauptbestandteil dieser neuen Kultur soll die "großartige Kultur" Chinas der Vergangenheit sein, deren positive Elemente zu übernehmen und deren negative Elemente abzustoßen seien. Auch die "hervorragenden Kulturleistungen der Menschheit" sollten übernommen und in die sozialistische Kultur chinesischer Prägung integriert werden, doch wird klargestellt, daß dies nur geschehen könne, wenn die Chinesen fest im chinesischen Boden verwurzelt sind. Kunst habe dem Volk und dem Sozialismus zu dienen und die Interessen und Wünsche der Völker aller Nationalitäten zu verkörpern.

Alle gegenwärtig gültigen kulturpolitischen Schlagworte werden aufgezählt: Man müsse weiter "das Denken befreien", d.h. dem Dogmatismus absagen, "Hundert Blumen blühen und hundert Schulen miteinander wettstreiten lassen", "Die Vergangenheit der Gegenwart und das Ausländische China zu Nutzen machen". Unter der Voraussetzung, daß an den Vier Grundprinzipien festgehalten werde, sollten zur Belebung der Atmosphäre verschiedene wissenschaftliche Meinungen und künstlerische Schulen in Wettstreit treten und ihre Ansichten austauschen. Und dann folgt der vielleicht entscheidende Satz dieses Leitartikels: "Gegenwärtig muß an der kulturellen Front die Linie 'einerseits ausrichten, andererseits zur Blüte bringen' fortgeführt werden, und bei der Ausrichtung

muß der Schwerpunkt auf dem [künstlerischen] Schaffen und auf dem Zur-Blüte-Bringen liegen." Der erste Teil dieses Postulats stellt praktisch die kulturpolitische Linie seit dem 4. Juni 1989 dar, d.h. die Kultur muß zum einen ideologisch auf die Vier Grundprinzipien ausgerichtet, zum anderen zur Blüte gebracht werden. Beide Aufgaben standen bislang gleichwertig nebeneinander. Wenn es jetzt im zweiten Teil des Postulats heißt, bei der Ausrichtung solle der Schwerpunkt auf der kulturellen Blüte liegen, so kann dies als Anzeichen dafür gedeutet werden, daß die ideologische Ausrichtung derzeit nicht mehr so vorrangig ist wie in den vergangenen zweieinhalb Jahren. Diese Deutung würde zu der gegenwärtigen Belebung des Reform- und Öffnungskurses passen.

Vor diesem "theoretischen" Hintergrund ist das dritte Kunstfestival zu sehen. Insgesamt muß die dort gebotene Kunst als sehr konventionell eingestuft werden, denn die Kunst der nationalen Minderheiten Chinas ist im wesentlichen Volkskunst und zählt damit zu den bevorzugten Bereichen der gegenwärtigen Kulturpolitik. Unter den etwa 50.000 Künstlern und Gästen (RMRB, 28.2.92) waren erstmalig Ensembles aus Taiwan und Hongkong vertreten, auch einige ausländische Ensembles, doch fielen diese kaum ins Gewicht, so daß es nicht zu einer Auseinandersetzung mit Kunst und Theater des Auslands kommen konnte. Statt dessen standen die Festspiele ganz im Zeichen der Einheit und Harmonie zwischen den verschiedenen Nationalitäten Chinas. Symbolisiert wurde die vielbeschworene Einheit durch einen Tanz mit dem Titel "Regenbogen des Göttlichen Landes", wobei "Göttliches Land" (*Shenzhou*) metaphorisch für China steht. Mehr als 8.000 Vertreter aller Nationalitäten wirkten am Eröffnungstag im Rahmen eines Festumzugs an dieser Straßenszenierung mit, bei der jede der 56 Nationalitäten ihren schönsten Tanz vorführte. Die 56 Tänze in den verschiedenen nationalen Stilen wurden zu der Melodie "56 Nationalitäten - 56 Blüten" dargeboten, einem jüngst prämierten, sehr verbreiteten Lied. (RMRB, GMRB, 19.2.92)

Die Festspiele wurden feierlich eröffnet von Wan Li, dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK und Ehrenvorsitzenden des dritten Festi-

vals. Als Vorsitzender des Festivals fungierte Politbüromitglied Li Tiewing, der diese Funktion bereits beim zweiten Festival wahrgenommen hatte. Wie 1989 hielt er jetzt wieder die Eröffnungsrede (abgedruckt in RMRB, 19.2.92). In seiner Ansprache kam die Absicht, die die Zentrale mit diesem Festival verfolgt, deutlich zum Ausdruck. Die Festspiele, so Li Tiewing, sollten die kulturellen und künstlerischen Leistungen der Nationalitäten vorführen und den Geist aller ethnischen Bevölkerungsgruppen Chinas beim gemeinsamen Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung demonstrieren - eines Geistes, unter dem alle die gleiche Luft atmen, alle das gleiche Schicksal teilen, alle Herzen füreinander schlagen und alle vereint unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas kämpfen. "Die Festspiele werden einen positiven Einfluß auf die weitere Entfaltung der hervorragenden Kultur der Nationalitäten und des nationalen Geistes sowie auf die Stärkung der Einheit zwischen den Nationalitäten haben."

Es ist nicht zu verkennen, daß die chinesische Führung die Festspiele für ihre Ziele instrumentalisierte. Es sollten die Einheit und Eintracht aller auf chinesischem Territorium lebenden Nationalitäten unter Beweis gestellt werden - ein gerade im Hinblick auf die auseinandergefallene Sowjetunion und die jenseits der chinesischen Grenze selbständig gewordenen Völker immer intensiver verfolgtes Anliegen. Die zur Schau getragene Eintracht kann jedoch nicht über die gravierenden Gegensätze zumal zwischen den im Westen der Volksrepublik lebenden Nationalitäten und den Han-Chinesen hinwegtäuschen. -st-

Außenwirtschaft

*(25)

Ausweitung der ADB-Kredite an China

Die Asian Development Bank (ADB) wird 1992 ihre Kredite und technische Hilfe an China um 50-60% erhöhen. Während 1991 ADB-Kredite von rund 500 Mio.US\$ an China vergeben wurden, sollen in diesem Jahr Kredite von 700-800 Mio.US\$ bewilligt werden.